

"Dass man jeden Millimeter darum kämpfen muss, Grundstandards durchzusetzen.": ein Gespräch mit Harald Thomé über Hartz IV, Gegenwehr und Selbstorganisation

Steinacker, Sven

Veröffentlichungsversion / Published Version

Zeitschriftenartikel / journal article

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Steinacker, S. (2012). "Dass man jeden Millimeter darum kämpfen muss, Grundstandards durchzusetzen.": ein Gespräch mit Harald Thomé über Hartz IV, Gegenwehr und Selbstorganisation. *Widersprüche : Zeitschrift für sozialistische Politik im Bildungs-, Gesundheits- und Sozialbereich*, 32(123), 107-121. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-410844>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

Terms of use:

This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.



Sven Steinacker

**„Dass man jeden Millimeter darum kämpfen muss,
Grundstandards durchzusetzen.“**

Ein Gespräch mit Harald Thomé über Hartz IV,
Gegenwehr und Selbstorganisation

Während die Regelungen der Hartz-Gesetze für die von ihnen Betroffenen ohne Zweifel eine tagtägliche Zumutung darstellen, wird von Teilen der Öffentlichkeit ein Diskurs befeuert, in dem Erwerbslose und die Bezieher von Sozialleistungen als unproduktive „Schmarotzer“ oder potenzielle Abzocker diffamiert werden. Vor dem Hintergrund solcher Denkmuster und Kontext des neoliberalen Umbaus des Sozialstaates stellt sich die Frage, wie die Möglichkeiten zu Einspruch, Gegenwehr und Widerstand der Betroffenen entwickelt, erhalten und ausgebaut werden können. Der Wuppertaler Verein Tacheles e.V. gehört seit vielen Jahren zu einer festen Größe in der Sozialhilfe- und Erwerbslosenbewegung und ist mit seinen kämpferischen Aktionen weit über den Wuppertaler Raum bekannt geworden. Neben der konkreten Beratungsarbeit für Betroffene betreibt Tacheles ein umfangreiches Internetportal zu Fragen rund um ALG II, veröffentlicht die Adressen von Selbsthilfe- und Erwerbsloseninitiativen und hat eben einen Leitfaden zu ALG II/Sozialhilfe in der 26. Auflage publiziert. Im Jahr 2006 klagte der Verein erfolgreich gegen die Bundesagentur für Arbeit und zwang die Behörde dazu, ihre internen Weisungen zum Arbeitslosengeld zu veröffentlichen. Diese und andere Aktivitäten mehr sind Grund genug, mit dem Mitgründer und Vorstandsmitglied Harald Thomé ein Interview über die Vereins- und Beratungsarbeit, die Hartz IV-Bürokratie und die Möglichkeiten der Gegenwehr sowie über die Perspektiven der Erwerbslosenbewegung zu führen. Mit ihm sprach Sven Steinacker.

WIDERSPRÜCHE: Das geplante Themenheft soll den Titel „Einspruch!“ haben und der Frage nachgehen, wie die Klienten oder die so genannten „Kunden“ sozialer Dienstleistungen im Rahmen ihrer Kontakte mit den Institutionen ihre

Rechte wahrnehmen können und welche Möglichkeiten von Partizipation, vor allem aber auch von Widerspruch oder Widerstand es gibt. Da ist natürlich der Verein Tacheles e.V. sehr interessant, weil Ihr Euch seit vielen Jahren genau auf diese Fragen konzentriert. Vor diesem Hintergrund möchte ich zunächst nach der Geschichte von Tacheles fragen. Wie kam es dazu? Was waren die Motive der Gründung?

Harald Thomé: Tacheles hat sich vor 18 Jahren, nach den Brandanschlägen von Solingen und Mölln gegründet. Aus der Erkenntnis heraus, dass es notwendig ist, gegen Rassismus etwas zu unternehmen und dass man an den Ursachen ansetzen muss, am Bereich der sozialen Ausgrenzung. Solingen war direkt um die Ecke von Wuppertal und von daher war das ein prägender Punkt, im Sozialbereich aktiv zu werden und präventive antifaschistische Arbeit zu machen. Hinzu kam die Erfahrung als Betroffeneninitiative, dass man gegenüber den Ämtern häufig sehr alleine dasteht und es nicht sehr viele Organisationen gibt, die sich aktiv, die Betroffenen unterstützend, daran beteiligen. Aus der Prämisse, dass wenn man da was tun will, man es halt selbst tun muss, ist das Tacheles entstanden.

WIDERSPRÜCHE: Solingen war 1993, gab es zu diesem Zeitpunkt keine anderen Ansätze? In den achtziger Jahren gab es ja eine Erwerbslosenbewegung, existierte die zu dieser Zeit nicht mehr?

Harald Thomé: In der Wuppertaler Szene gab es zum damaligen Zeitpunkt schon Beratungsstrukturen. Diese hingen aber zum einen in finanzieller Hinsicht am Tropf der Verwaltung. Zum anderen waren sie auch politisch nicht unbedingt konsequent weitergedacht und nicht darauf bedacht, das maximal Mögliche für die Leute zu tun. Natürlich gab es am Anfang eine Zusammenarbeit mit den Gruppen, die es damals gab, aber es haben sich dann relativ schnell Trennungen ergeben. Für die war das halt Soziale Arbeit und in diesem Rahmen wurde eine Sozialberatung durchgeführt, aber Systemfragen über die Soziale Arbeit hinaus zu stellen, das stand überhaupt nicht in deren Perspektive. Das war aber genau unser Ansatz.

WIDERSPRÜCHE: Was unterscheidet Tacheles von einer „normalen“ Sozialberatungsstelle, was macht die Spezifik von Tacheles aus?

Harald Thomé: Die Spezifik ist, dass wir versuchen – auch unabhängig von Systemfragen – konsequent zu sein und den Dingen genau auf den Grund zu gehen. Da ist Tacheles von seinen Positionierungen her relativ bekannt und auch von der inhaltlichen Qualität. Die Positionierungen sind erst mal systeminfragestellende Positionen. Das ist der Antifaschismus, das ist, die kapitalistischen Verhältnisse zu kritisieren und in Frage zu stellen und das ist, sich als Teil einer Erwerbslosen-, als Teil einer sozialen Bewegung zu verstehen. Genauso aber auch in den fachlichen

Fragen, in denen wir versuchen, die Dinge weiter zu denken und wir mittlerweile in einer Position sind, auch gesellschaftlich gestaltend aktiv sein zu können.

WIDERSPRÜCHE: Es ist also die Verbindung von konkreter Beratungs- und Informationsarbeit für die Betroffenen mit politischer Lobbyarbeit, was den Unterschied zu anderen Formen der Erwerbslosenberatung ausmacht?

Harald Thomé: Ja genau, gut zusammengefasst.

WIDERSPRÜCHE: Welche inhaltlichen Schwerpunkte hat die Arbeit von Tacheles?

Harald Thomé: Inhaltlich läuft es so, dass die Beratungsarbeit das Herzstück des Ladens ist. Wir haben zwei Leute, die von den inhaltlichen Sachen her sehr fit sind, die eine Art Anleitungsfunktion übernehmen und die Ansprechpartner für die Leute sind, die noch nicht so fit sind. Jeder kann natürlich selbstständig arbeiten, kann unter Anleitung in der Beratung tätig werden. Insgesamt haben wir ein Beratungsteam von sieben, acht Leuten. Dann haben wir noch ein Team, das Behördenbeistandsarbeit macht, Leute zum Amt begleitet. An die Beratungsarbeit ist dann natürlich die sozialpolitische Arbeit ganz eng angedockt. Darüber hinaus gibt es noch jede Menge andere Teilbereiche des Vereins. Da ist der Gastronomiebetrieb als ein wirtschaftlicher Zweckbetrieb zur Finanzierung des Ladens und als Treffpunkt. Da ist als Unterrubrik die Tafelausgabe, die wir einmal in der Woche machen. Da hat sich eine ganz eigene Szene gebildet von Leuten, die zwar nicht mittelbar 100 % eingebunden sind, die das aber verantwortlich machen und sich aktiv solidarisch beteiligen. Mal haben wir auch Leute, die Kulturarbeit machen und solche Sachen. Im Moment gerade mal nicht.

WIDERSPRÜCHE: Welchen Umfang hat die Beratung? Wie viele Beratungen finden statt?

Harald Thomé: Wir bieten offene Beratung an. Zwei Tage in der Woche mit 20, 25 Fällen pro Beratungstag. Dann bieten wir Telefonberatung an. Da steht das Telefon in den drei Stunden, in denen es geschaltet ist, keine Minute still. Da rufen auch bundesweit alle möglichen Leute an. In der Anzahl sind das auch 20, 30 telefonische Beratungen. Zudem sind auch die Neuen Medien ein großes Thema. Wir haben eine Homepage, wo derzeit ungefähr fünf Millionen Zugriffe im Monat sind. Wir betreiben auch ein Diskussionsforum, wo wir in acht Jahren rund 1,6 Millionen Beiträge haben. Ich denke, das macht die Größenordnung klar. Eine ganze Menge Beratung läuft auch über angegliederte Dienste, Informationsverteiler und ähnliches, womit auch relativ viel Inputs setzbar sind.

WIDERSPRÜCHE: Wie organisiert und finanziert Ihr diese Arbeit?

Harald Thomé: Wir sind von der Organisation her so gut wie völlig behördenunabhängig organisiert. Mit der Einführung von Hartz IV war klar, dass wir

in einen Konfliktkurs geraten werden und dringend aus Abhängigkeiten, die vorher bestanden, raus mussten. Unser bisheriges Konzept war, dass wir einen Gastronomiebetrieb hatten, der mit staatlich geförderten Stellen aufrecht erhalten wurde und aus dessen Einnahmen wir die Arbeit finanziert haben. Wir haben dann gesagt, dass wir dies anders organisieren und finanzieren müssen und haben umgeschwenkt in eine so gut wie behördenunabhängige Finanzierung. Das Beratungsteam arbeitet weitgehend ehrenamtlich, selbstausbeuterisch, so wie man das als klassischer Linker und Beratungsstelle halt tut. Einige von den Leuten organisieren sich eine Ko-Finanzierung durch Fortbildung und verschiedene andere Aktivitäten. Die, denen das nicht möglich ist, haben teilweise Finanzierungen durch den Verein: Mini-Job oder entsprechende Finanzierungsgeschichten. Das Problem für eine kontinuierliche Beratungsarbeit ist generell, dass die Leute, die gut sind, verständlicher Weise Geld wollen, natürlich auch Geld brauchen, wir aber im Moment nicht so viel Geld haben, dass wir feste Stellen finanzieren können. Das wäre auch schwierig im Gesamtkonzept, denn die einen würden gering entlohnt, die anderen voll. Das ist ein Konflikt, den haben wir im Moment nicht gelöst, da haben wir auch keine Lösung für.

WIDERSPRÜCHE: Anfang 2011 ist in NRW das Landesförderprogramm für „Erwerbslosenberatung und Arbeitslosenzentren“ wieder aufgelegt worden. Erstmal hört sich das ja relativ positiv an, weil das von ein paar Jahren sang- und klanglos eingestellt wurde. Wie bewertet Ihr das? Ist das ein Vorteil für Euch?

Harald Thomé: Ausgehend von der Aktivität der Rot-Grünen-Regierung in NRW wurde das Förderprogramm für Arbeitslosenzentren eingestellt. Wohlge-merkt: Rüttgers hat das zwar umgesetzt, aber beschlossen wurde die Einstellung der vorherigen Förderphase von Rot-Grün. Das wurde aber in der Anhängerschaft der Rot-Grünen als nicht so prickelnd empfunden und es wurde die Forderung aufgestellt, dass das wieder aufleben sollte. Und dementsprechend wurde es im Koalitionsvertrag vereinbart. Die Spezialität dieser Vergabe war, dass einmal Beratungsstellen und einmal Arbeitslosenzentren gefördert wurden und dass diese jeweils durch ein Votum des so genannten „Regionalen Konsenses“ durchmüssen. Im Regionalen Konsens, für den es keine Statuten und nichts gibt, sitzen dann Vertreter der Beschäftigungsträger, der Sozialverwaltungen, der Arbeitsverwaltungen und die bestimmen dann über die Mittelvergabe. Der Wuppertaler Regionale Konsens war dann der Auffassung, dass der Verein Tacheles, der vorher diese Förderung erhalten hatte, als Arbeitslosenzentrum nicht genügend „Arbeitsmarktnähe“ besäße und deswegen die Förderung nicht bekommen sollte. Nachdem dieses Votum bekannt wurde, gab es überörtlich erhebliche Aufregung darüber, dass eine der bekanntesten Erwerbslosenberatungsstellen nicht gefördert werden soll.

Daraufhin hat sich das Ministerium gegen den Regionalen Konsens ausgesprochen und gesagt, sie wollen aber doch eine Förderung. Das wurde dann formal noch verkleistert mit irgendwelchen Auflagen, dass wir unser Konzept an dieser oder jener Stelle noch mal nacharbeiten mussten. Das haben wir dann auch schön brav gemacht und dementsprechend kommen wir jetzt in den Genuss der Förderung. Wir und eine andere Organisation, Widerspruch e.V. in Bielefeld. Wenn ich das jetzt insgesamt böse bewerten würde, ist es so, dass das unabhängige Spektrum der Beratungsstellen nur sehr gering in diesem Landesprogramm vertreten ist und das da dringend nachgelegt werden muss. Wir als Tacheles haben Ende 2010 an die entsprechenden Initiativen einen Aufruf gemacht, dass sie ihre Bedürfnisse formulieren sollten. Das hat aber so gut wie keine der Initiativen gemacht, und damit ist die Sache dann im Sande verlaufen.

WIDERSPRÜCHE: Warum haben die das abgelehnt, war dies eine politische Entscheidung?

Harald Thomé: Nicht Ablehnung als bewusste Entscheidung, sondern die haben das nicht ausreichend beachtet, haben die Konstellationen nicht ernst genommen. Dann haben wir als Tacheles ein Konzept entwickelt, wie die unabhängigen Gruppen trotzdem hätten gefördert werden können. Das haben wir auch deswegen gemacht, um denen eine Arbeitsgrundlage zu geben. Und das findet jetzt auch statt. Das ist eben genau das Ziel, was wir wollten, dass die Diskussion an der NRW-Förderung mit dem Akzent der Förderung der Unabhängigen stattfindet und dafür ist eigentlich unsere Vorlage eine ganz gute.¹

WIDERSPRÜCHE: Gibt es in den Förderrichtlinien besondere Auflagen? Bestimmte Erwartungen, dass zum Beispiel bestimmte Strukturen vorhanden sein müssen oder sowas?

Harald Thomé: Es gibt natürlich verschiedenste Auflagen. Das ist auch eine Kritik. Zum Beispiel: Um eine Förderung von 15.000 Euro zu erhalten, müssen die Arbeitslosenzentren 30.000 EUR ausgeben, das heißt 15.000 EUR Eigenkapital haben. Damit ist jeder kleine Träger, jede kleine Stelle, die sozialpolitische Arbeit leistet, schon außen vor, denn 15.000 Euro haben die wenigsten, das haben nur die großen. Und genau da ist natürlich einer der Punkte, wo wir gesagt haben, das ist untragbar. Man muss ein Konzept entwickeln, wie man auch Träger partizipieren lässt, die eben nicht in dieser Förderung drin sind. Und so gibt es natürlich schon eine Menge Punkte, die kritikwert sind, wo es dann auch 'ne

1 Tacheles fordert Finanzierung unabhängiger Sozialberatung durch die NRW Landesregierung. http://www.tacheles-sozialhilfe.de/aktuelles/2011/ALO_Foerderungen_Forderungen.aspx

Förderung der großen Träger ist, aber nicht `ne Förderung der jungen, in Hartz IV entstandenen unabhängigen Organisationen. Und genau die müssten jetzt nach unserer Meinung befördert werden. Das kann ich aber mit Maßgaben nicht, wenn a) Arbeitsmarktorientierung gefordert wird, wenn b) die Leute, gegen die sich die Gruppen im Detail richten, darüber entscheiden, ob sie was bekommen und c) wenn sie dieses Eigenkapital auf den Tisch legen müssen. Da ist genau die Kritik.

WIDERSPRÜCHE: Ich habe auf Eurer Homepage gelesen, dass Ihr prinzipiell nicht mit den so genannten „Ein Euro-Jobbern“ arbeitet.

Harald Thomé: Ja, das lehnen wir grundsätzlich ab.

WIDERSPRÜCHE: Warum?

Harald Thomé: Ein Euro-Jobs verstoßen zu 80% gegen Zusätzlichkeitskriterien. Sie werden zum Lohndumping genutzt und sie werden als Schikanierungs- und Drangsalierungsinstrument genutzt. Das sind die drei Dinge, die wir insgesamt politisch ablehnen. Von daher stehen wir auch bewusst im Gegensatz zu anderen sozialen Einrichtungen wie beispielsweise dem Arbeitslosenzentrum Wuppertal. Wir haben gesagt „Wir nicht!“ und wir finden es wichtig, uns dazu so zu positionieren.

WIDERSPRÜCHE: Ist das Konsens, dass das generell abgelehnt wird?

Harald Thomé: Es ist die Frage, über welche Strukturen man redet. In der unabhängigen Erwerbslosenbewegung ist es Konsens. Wenn man aber über die Unabhängigen hinweg schaut, ist es natürlich kein Konsens. Und da ist genau der Konflikt. Wir sind der Auffassung, dass wir das nicht befürworten können und wir halten es auch für falsch, das auch nur zu tolerieren. Wir müssen versuchen, uns dagegen zu positionieren. Das ist genau die Systemfrage, die dahinter steht. Wenn die Kollegen in Wuppertal oder sonstwo sagen, wir machen das, wir haben damit überhaupt kein Problem, weil es ja gut für die Leute ist, dann sollen sie das tun, aber wir teilen das nicht.

WIDERSPRÜCHE: Das ist ja die Standardargumentation der Befürworter, dass die Ein Euro-Jobs nachgefragt werden, dass sie von den Betroffenen auch gewollt sind und durchaus Vorteile haben.

Harald Thomé: Das ist ja auch nicht falsch. Aber wenn ich den Leuten bewusst zu wenig zu Essen gebe, sie also bewusst aushungere, dann ist vollkommen klar, dass sie nach Lösungen gegen das Aushungern suchen und eine der Lösungen ist der Ein Euro-Job. Von daher kann man halt sagen, ich versuche, dagegen was zu machen oder ich versuche, davon zu profitieren und genau da sind die Trennungslinien.

WIDERSPRÜCHE: Wo Du jetzt gerade über die Praxis von ALG II/Hartz IV sprichst, was sind aus Euren Erfahrungen heraus die gängigen Probleme, die die Betroffenen im Umgang mit den Institutionen haben?

Harald Thomé: Alles! Alles! Das ganze Hartz IV ist ein Problem. Ich schildere mal aus einer aktuellen Geschichte, zu der wir vom Verein Tacheles auch eine Pressemitteilung herausgegeben haben.² Es ging darum, dass das Informationsfreiheitsgesetz des Bundes nunmehr auch für kommunale Richtlinien in allen Jobcentern bundesweit wirkt und dementsprechend haben wir von allen Jobcentern die verwaltungsinternen Richtlinien, also ihre Dienstgeheimnisse angefordert, die sie nach dem Informationsfreiheitsgesetz binnen eines Monats rausgeben müssen. Im Juni haben wir alle Jobcenter in Bayern und Baden-Württemberg angeschrieben, weil das die Länder waren, wo das bisher nicht maßstäblich war und die dann vielleicht manchmal ein bisschen mehr Bemühungen brauchen, sich an Recht und Gesetz zu halten. Das Ergebnis war, dass sich 88 von 135 Jobcentern noch nicht mal die Mühe gegeben haben, sich überhaupt zurück zu melden. Freiwillig rausgegeben wurden die Sachen, das habe ich jetzt nicht genau im Kopf, ich glaube bei 25. Das ist eigentlich symptomatisch dafür, wie Jobcenter sich verhalten. Es handelt sich dann in diesem Fall um 67% offenen Rechtsbruchs von den Behörden. Ich habe den Antrag unter meinem Namen gestellt und ich bin in der Szene nicht unbekannt. Wenn die sich das mir gegenüber schon erlauben, dann erlauben sie sich das anderen gegenüber erst recht. Das jetzt nur mal als eine ganz aktuelle Geschichte, wie so etwas läuft: Dass viele der Behörden, nicht alle, aber einige von denen, sich ein kommunales Landrecht stricken, sich einfach ihre eigenen Gesetze stricken, meinen, sie stehen oberhalb des Gesetzes oder unterhalb und es ginge sie nichts an. Dass man jeden Millimeter darum kämpfen muss, Grundstandards durchzusetzen.

Das sind einfach die Dinge, um die es geht und das ist eigentlich das, was mir die Leute täglich in der Beratung erzählen. Konfliktfeld Eins ist der Umgang mit den Leuten. Dass mit ihnen scheiße umgegangen wird, einfach nur scheiße. Dass sie übelst behandelt werden, herablassend, hochnäsiger, arrogant. Ständig die Unterstellung, sie wären Abzocker, Betrüger. Die Arroganz, mit der mit ihnen umgegangen wird. Daraus resultiert die Verzweiflung. Die Leute empfinden sich wie ein Haufen Dreck. So werden sie behandelt, so fühlen sie sich irgendwann und wissen dann auch gar nicht mehr, wo sie ansetzen können. Und der zweite Punkt ist die chronische Unterfinanzierung. Es ist ja nicht nur die nicht gerade allzu üppige Regelleistung, es ist ja auch das Geld, das häufig gar nicht gezahlt wird auf Grund von diversen Rechtsvorschriften oder auf Grund von rechtswidrigem Handeln der Behörde. Dies beides zusammen ergibt dann in der Dauer einen ganz brisanten Mix. Wenn Leuten 360 Euro zusteht oder 364 jetzt, sie aber auf Grund

² <http://www.harald-thome.de/media/files/Tacheles-IFG-PM-20.07.2011.pdf>

von Aufrechnungen oder ähnlichen Dingen dauernd nur 300 Euro kriegen oder 250, und das über Monate, dann ist das genau die Situation, die eigentlich Alltag ist in Hartz IV. Es brennt einfach überall, an allen Segmenten.

WIDERSPRÜCHE: Ist das eine bewusste Strategie der Ämter oder wie ist das zu erklären?

Harald Thomé: Es gab zum 1.4.2011 die Änderung im Regelbedarfsermittlungsgesetz. Umgesetzt wurden angeblich die Vorgaben des Bundesverfassungsgerichts, wie Regelleistungen auszugestalten sind und wie sie zu strukturieren sind. Kurz nach der Bundesverfassungsgerichtsentscheidung erlaubt es sich der damalige FDP-Generalsekretär zu sagen, er finde die Hartz IV-Regelleistung zu üppig und er fordert im Kontext seiner „Spätrömische Dekadenz“-Ausfälle, dass die Regelleistungen um 30% abgesenkt werden müssen – das war dann seine Antwort auf das Bundesverfassungsgericht. An der Stelle wurden nachfolgend Gesetzesvorhaben vorgelegt, die im Prinzip beinhalteten, die Regelleistungen um so gut wie keinen Cent zu erhöhen und gleichzeitig das Ziel, das Westerwelle formuliert hat, so umzusetzen, dass es keiner merkt. Also die Regelleistungsabsenkung umzusetzen in den administrativen Fragen im Gesetz. Das sind dann so Dinge wie deutliche Verschärfungen bei der Einkommensanrechnung, dass ein Nothelferdarlehen anzurechnen ist, dass jedwede ehrenamtliche Tätigkeit voll anzurechnen ist, dass jedwede bisher nicht anzurechnende Einkunftsart anzurechnen ist, dass Forderungen der Behörde in einer Höhe gegenüber dem Betroffenen geltend zu machen sind, dass diese schon Sachleistungen erhalten müssen, um diesen Ausfall des Geldes zu kompensieren, also in absolut verfassungswidriger Art und Weise bis hin dann zu der Möglichkeit der Pauschalierung von Unterkunftskosten und Heizkosten.

WIDERSPRÜCHE: Es gibt ja selbst im SGB II Formulierungen, die zumindest auf der verbalen Ebene partizipatorische Elemente nahe legen. Der Begriff „Eingliederungsvereinbarung“ zum Beispiel suggeriert ja, dass da zwei formal freie Akteure gemeinsam die Lösung eines Problems aushandeln. Wie stellt sich das aus Eurer Perspektive dar? Kann man dabei davon reden, dass da was vereinbart wird, oder spricht ein solcher Begriff den Realitäten Hohn?

Harald Thomé: Zum 1.4. steht in der entsprechenden Norm drin, dass mit jedem Leistungsbezieher eine Eingliederungsvereinbarung abgeschlossen werden soll, und wenn dieses nicht möglich ist, dann soll ein Eingliederungsverwaltungsakt abgeschlossen werden. Die Vereinbarung ist ein Vertrag, der Verwaltungsakt ist einseitiges behördliches Handeln, gegen das dann nur noch Widerspruch möglich ist. In der Praxis sieht das so aus, dass die Behörde einen vor die Entscheidung stellt, eine Eingliederungsvereinbarung zu unterschreiben oder es wird unver-

züglich ein Verwaltungsakt erlassen, bei dem man die gleichen Pflichten hat und die Debatte vom Tisch ist. Im Rahmen des Sparpaketes ist eingeführt worden, dass die Eingliederungsleistungen im Rahmen des SGB II um vier Milliarden in zwei Jahren gekürzt werden. Im nächsten Jahr kommt die so genannte „Instrumentenreform“, das heißt: die ganzen Eingliederungsleistungen, die es gibt, werden a) massiv gekürzt und b) von Rechtsanspruchsleistungen überwiegend in Ermessensleistungen umgewandelt. Im Ergebnis heißt das, dass wirklich geeignete Eingliederungsmaßnahmen allein von den finanziellen Maßgaben her gar nicht stattfinden werden. Eingliederungsmaßnahmen beinhalten an ganz vielen Punkten die Selbstbedienung der die Eingliederungsmaßnahmen erbringenden Träger. Leute, die fit sind, werden zu Trägern herangezogen, weil die fitte Leute suchen. Das haben wir öfter in der Beratung. Das hat nichts mehr mit Eingliederung zu tun, das hat einfach nur noch damit zu tun, dass da ein System ist, das sich nur noch um sich selbst dreht. Wo es nicht um die Menschen geht, sondern wo es um alle möglichen Interessen geht, nur nicht um das, worum es eigentlich gehen sollte. Mit anderen Worten: Ich habe massive Zweifel an den Eingliederungsleistungen. In wenigen Fällen, die gibt's es natürlich auch, aber in nur wenigen Fällen läuft die personenbezogene, geeignete Unterstützung. Das hängt natürlich viel mit den Fallmanagern zusammen. Ist da ein fitter Fallmanager, der sich Mühe gibt, der auch Spaß daran hat, den Menschen weiter zu helfen, dann passiert was, dann bewegt sich was. Wenn es die 08/15-Behandlung ist, oder der Betroffene durch Profiling in eine Schublade einkategorisiert wurde, bei der sich keine Investition lohnt, dann ist das Thema gelaufen, dann ist er auf Immer und Ewig in Hartz IV und im Ein-Euro-Job oder ähnlichen Bereichen drin. Mit anderen Worten: emanzipatorische Dinge sehe ich wenig. Ich sehe ein System, was darauf ausgerichtet ist, überwiegend Menschen zu knechten und in der Unterschicht zu halten. Auch wenn es von der Gesetzgebung eine andere Konzeption ist, zielt die Praxis genau darauf ab.

WIDERSPRÜCHE: Welche Möglichkeiten zu Widerspruch und Widerstand gibt es für die Betroffenen im Umgang mit den Behörden und Verwaltungen und wie könnt Ihr da konkret mithelfen? Und dann die spannende Frage: Wie sehen die Reaktionen von Seiten der Verwaltungen und Behörden aus?

Harald Thomé: Es handelt sich um Rechtsangelegenheiten und wenn ein Bürger oder ein Betroffener mit der behördlichen Entscheidung nicht zufrieden ist, dann kann er Rechtsmittel einlegen und auch außerhalb des originären Rechtsmittelverfahrens tätig werden. Außerhalb heißt: mit Vorgesetzten reden, Beschwerden einlegen, Eingaben machen. Das findet vielfach statt. Wenn das nicht ausreichend oder nicht geeignet ist, dann geht es um mittelbare Rechtsmittel einlegung. Ganz

viele der Hartz IV-Angelegenheiten werden mittlerweile im Widerspruchs- und Klageverfahren geklärt. Weil sich die Behörde einfach nicht drum kümmern, was ihnen erzählt wird, landen die Sachen vor dem Sozialgericht. Wir sind auf der einen Seite als Wohlfahrtsverband beratend tätig, und da wo es notwendig ist, gehen wir dann direkt mit einem im Haus angesiedelten Anwalt oder anderen Anwälten mittelbar ins Klageverfahren. Das kommt sehr häufig vor.

WIDERSPRÜCHE: Und auch relativ erfolgreich, oder?! Soweit ich die Zahlen von den Sozialgerichten kenne, wird doch ein wesentlicher Teil der Klagen zu Gunsten der Betroffenen entschieden.

Harald Thomé: Da gibt es unterschiedliche Zahlen. Die Sozialgerichte sagen, dass ungefähr ein Drittel aller Klagen zu Gunsten der Betroffenen entschieden werden. Daneben gibt es aber auch die Vergleiche, die in dieser Zahl nicht mit drin sind. Wenn ich Klagen und positive Vergleiche in der Gesamtheit beurteile, dann sagt zum Beispiel ein Richter vom Sozialgericht Düsseldorf, sind wir bei einer Erfolgsquote von rund 80 % für die Betroffenen. Das ist natürlich im Umkehrschluss eine Bilanz, die ein Armutszeugnis hoch Zehn für die Behörde ausstellt. Das ist eine beliebte Strategie der Behörde im Gerichtsverfahren, die ganz klar einem Vergleich statt geben, um ein Urteil mit einer Bindungswirkung zu vermeiden. Dahinter steht im Prinzip eine wirtschaftliche Kalkulation. Man kalkuliert, dass vielleicht 5 % der Leute in den Widerspruch gehen, und von den 5 %, die in den Widerspruch gehen, gehen vielleicht noch mal höchstens 10 % in die Klage, dafür sind dann die Anwaltskosten zu zahlen und das Thema ist durch. Also, das ist einfach eine wirtschaftliche Kalkulation und so gehen auch die Jobcenter da ran.

WIDERSPRÜCHE: Wie sind denn die Reaktionen auf die Ämterbegleitungen? Ich kann mir vorstellen, dass das ja für den Sachbearbeiter das Unangenehmste ist, wenn dann nicht eine Person da sitzt, sondern unter Umständen mehrere, die sich dann auch entsprechend zur Wehr setzen und ihre Interessen artikulieren können.

Harald Thomé: Also aus unserer Sicht haben wir keine Probleme damit. Soweit haben wir unsere Wuppertaler Jobcenter schon erzogen. Das läuft allerdings bei anderen Jobcentern anders. Da wird teilweise rigoros versucht, Leute nicht rein zu lassen, es werden Hausverbote erteilt oder ähnliche Dinge. Das ist bei uns nicht das Thema. Die Reaktion ist sehr unterschiedlich und wenn das bei uns passieren würde, würden wir auch die Auseinandersetzung führen. Ich hätte da kein Problem, das im Klageverfahren zu klären. Aber ich glaube, das müssen wir nicht mehr diskutieren, nicht nach 18 Jahren.

WIDERSPRÜCHE: Ist das denn als Strategie zu empfehlen, dass man generell immer mit Begleitung auf das Amt geht?

Harald Thomé: Das ist absolut als Strategie zu empfehlen. Ich habe eingangs beschrieben, wie mit den Leuten umgegangen wird. Der Umgang ist herabwürdigend, ist Auflaufen lassen und genau dieses wird durch die Beistandschaft unterlaufen. Wir machen das bei uns so, dass wir aus dem Beratungsteam entscheiden, wo eine Beistandschaft notwendig ist. Das hängt mit den jeweiligen Problemen zusammen, was in der Beratung geklärt werden muss, das hängt aber auch mit der Person zusammen, die Schiss hat, die Angst hat und diese Erfahrung gemacht hat. Die Begleitung wird dann von den Beratungskräften unterschiedlich nuanciert. Also gesagt, es ist eine offensivere Begleitung, die in inhaltliche Diskussionen einsteigt, oder es ist eher eine passivere Begleitung oder wie auch immer. Es ist in weit mehr als 50 % erfolgreich alleine, dass nur einer mitgeht. Ich kann das als Konzept empfehlen und ich halte es auch als niederschwelliges Organisationskonzept für eine extrem wichtige und erfolgreiche Sache. Es spiegelt gesellschaftliche Solidarität wieder, Selbstorganisation und solidarisches Handeln, und ich würde dies auch als eine außerordentlich wichtige Sache weitergeben.

WIDERSPRÜCHE: Stichwort Selbstorganisation und solidarisches Handeln: Wie steht es momentan insgesamt um die Erwerbslosenbewegung?

Harald Thomé: Es gab in den achtziger Jahren zunächst einmal eine relativ breite Erwerbslosenbewegung, aus der dann die Struktur der Arbeitslosenzentren entstanden ist. Diese Erwerbslosenbewegung existiert als solche nicht mehr. Es gibt nur noch ganz wenige Strukturen in NRW, die noch bestehen und sozialpolitisch aktiv sind. Viele auch manchmal ganz schön zweifelhaft. Teile der damaligen Erwerbslosenbewegung haben sich weitgehend institutionalisiert, indem sie von politischen Zielen Abstand genommen haben, indem sie selbst Beschäftigungsträger geworden sind, systemkonforme und behördenkonforme Positionen abgeben und ähnliches. Aber an Hartz IV haben sich neue Organisationen gegründet. Die waren zum Teil vorher in der Sozialhilfeberatung drin, in der BSHG-Beratung, das war eine ganz andere Szene. Dann haben sich auch viele neue Gruppen gebildet in Hartz IV, an Hartz IV, gegen Hartz IV, von denen aber viele noch relativ klein sind und natürlich in prekärsten finanziellen Situationen hängen.

Wenn ich mir emanzipatorische Bewegungen in anderen europäischen Ländern angucke – wenn sie auch nicht so unbedingt erfolgreich sind, aber sie gibt es –, dann gucke ich nach Deutschland und denke, dass es mit jedem Jahr Hartz IV weniger Leute werden, die sich gegen die gesellschaftlichen Verhältnisse wehren. Wenn ich mir politische Entwicklungsprozesse anschau, dann ist es nicht so, dass die Betroffenen immer die Ersten sind, die auf die Straße gehen, sondern eher die Intellektuellen. Das kann ich aber in Deutschland auch nicht feststellen, zumindest nicht beim Thema soziale Ausgrenzung. Woran das liegt, erschließt sich mir

nicht wirklich. Ich denke, es ist selbst die Angst vor dem sozialen Abstieg, sich in diesem Bereich nicht engagieren zu wollen. Das ist eine These, ich weiß es nicht, aber in so einer Richtung würde ich das hinstellieren, warum da nix passiert. Es hat sich einfach eine Kluft in der Gesellschaft aufgetan, in der andere Schichten mit der Unterschicht rein gar nix zu tun haben wollen und auch nicht bereit sind, eine Position dafür zu beziehen. Das ist ein Dilemma, da kommen wir derzeit nicht wirklich weiter. Erwerbslosenproteste von wirklich Betroffenen wird es im größeren Maße in absehbarer Zeit nicht geben, dafür sind die Leute viel zu kaputt und viel zu verzweifelt. Es müssten sich Nicht-Erwerbslose für die Interessen der Erwerbslosen einsetzen, dann würden Bewegungen entstehen. An der Stelle, wo eine Bewegung auf der Straße ist, an der Stelle wird die Politik vorsichtig werden und nachdenken, was sie denn so treibt. Aber so lange alles ruhig über die Bühne geht, so lange gibt es keine Notwendigkeit, darüber nachzudenken.

WIDERSPRÜCHE: Es gibt auf lokaler Ebene relativ viele Initiativen und Aktionen wie „Keine/r muss allein zum Amt“ oder „Agenturschluss“ usw., kann daraus nicht etwas entstehen?

Harald Thomé: Es haben sich eine Vielzahl von Organisationen seit Hartz IV gebildet, die im kleineren Bereich aktiv sind, einige davon sind auch recht fit, aber sie bewegen sich auf einem bestimmten Niveau, es entstehen keine größeren Proteste, keine Massenproteste. Das wäre eigentlich der qualitative Punkt, um den es geht. Das ist aber im Moment nicht absehbar, dass das passiert. Was ich natürlich schon sehe, und darum geht es meiner Meinung nach auch, aus Sicht der Betroffenen und auch aus Sicht einer sich daran aufbauenden politischen Bewegung, ist, dass sich lokale Bündnisse gründen, die sich gegen einzelnen Auswüchse der Dinge oder den gesamten Auswuchs zur Wehr setzen. Ich denke, da werden wir in der nächsten Zeit, in den nächsten ein bis zwei Jahren auch noch mal neuen Zündstoff bekommen, an der Frage „Pauschalierung der Unterkunftskosten“. Das sind dann neben landesgesetzlichen Themen auch lokale Themen, wo es einfach darum geht, ob Stadtrat eine Unterkunftskostenpauschale durchsetzen kann, die im Ergebnis deutlich weniger zum Leben für die Betroffenen bedeutet. Da wird es schon qualitativ werden und da sind dann auch noch mal Akteure gefordert, die sagen: Es reicht jetzt! Ich denke, es muss einfach ein Punkt gefunden werden, wie die Strategie, die hier im Moment stattfindet im Land, nach Außen transportiert wird und dann Solidarisierungseffekte geschaffen werden. Das ist eigentlich so der qualitative Punkt.

Und ein weiterer Punkt, ein ganz entscheidender, ist auch die Strategie der Gewerkschaften. Die ignorieren konsequent alles, was mit Niedriglohn zu tun hat und stellen eine Lohnforderung, die teilweise eins-zu-eins auf Hartz IV-Niveau ist. 8,50 Euro ist Hartz IV bzw. minimalst drüber. Ausgehend von einem durch-

schnittlichen Hartz IV-Satz plus Erwerbstätigenfreibeträge ist das Hartz IV. Es müssen anderen Löhne gefordert werden, Mindestlöhne, mindestens also 10 Euro, das ist die Unterkannte. Das muss auch politisch begriffen werden, warum, weswegen. Das sind die Auseinandersetzungen, die wir in der nächsten Zeit führen müssen. Ich denke, aus Sicht der Betroffenen wird es darum gehen, dass sich Organisationen an dem Ansatz „Wir verteidigen unsere eigenen Interessen“ bilden. Ob das nun Sozialbündnisse sind, Sozialforen sind, wie sie sich auch immer nennen, das ist ja alles erst mal egal, aber es müssen Organisationen von unten sein, die sich gegen Entwürdigung, gegen Entrechtung verteidigen. Aus diesem Prozess werden sich weitere Sachen ergeben, wird sich auch der politische Kontext ergeben und vielleicht auch noch weitere politische Ziele sich entwickeln. Da denke ich, sind die Kernsachen.

WIDERSPRÜCHE: Was wäre denn die gemeinsame politische Klammer? Gibt es Gemeinsamkeiten etwa zu den „Recht auf Stadt“-Initiativen, die ja auch in ganz vielen Städten aktiv sind und auch soziale Fragen thematisieren?

Harald Thomé: Das ist genau der Punkt, dass sich wenige der Erwerbsloseninitiativen an diesen eindeutig politischen Bewegungen beteiligen. Ich denke, dass sind dann so Aufgaben, die wir als Bindeglied haben, dass wir mehr da hin gehen, politisch transportieren und den Diskurs fordern. Das Problem ist eigentlich, dass die klassische Erwerbslosenszene, die sich aus sich selbst rekrutiert, fast nicht mehr in der Lage ist, über ihren eigenen Tellerrand hinaus zu schauen. Das ist so das Problem, mit dem wir zu tun haben. Eigentlich kann eine Erwerbslosenorganisation fast nur von Leuten, die nicht erwerbslos sind, organisiert werden.

WIDERSPRÜCHE: Was natürlich das Gegenteil von einer „Politik der ersten Person“ ist.

Harald Thomé: Ja, richtig, klar! Aber das Dilemma haben wir. Wenn ich 364 Euro-Regelleistung habe im Monat, dann kann ich es mir nicht erlauben, zwei, drei oder fünf Mal im Monat zu einem Treffen in einer Kneipe zu gehen, weil das nun mal was kostet, weil ich meistens Getränke kaufen muss. Und da fängt es schon an. Und das ist genau das Dilemma, in dem wir uns befinden. Das ist wiederum der Ansatz, den wir mit der Arbeitslosenzentren-Förderung hatten, zu sagen, wir wollen wir einen Weg finden, wie die Unabhängigen in solche Dinge rein kommen können, um dann auch Arbeiten zu können. Da beißen sich halt verschiedene Sachen. Ich denke, der erste Schritt liegt wirklich in der Selbstorganisationsfrage, das wird das Wichtigste sein. Das kann sehr niederschwellig organisiert werden und ich denke, wenn da Bedürfnisse bestehen, kann man da auch Einiges machen.

WIDERSPRÜCHE: Welche Rolle könnte eine sich kritisch verstehende Soziale Arbeit spielen? Gibt es da irgendwelche Berührungspunkte?

Harald Thomé: Natürlich. Ich mache ja sehr viele Fortbildungen zum SGB II und habe dort zu 80 % Sozialarbeiter drin und habe dadurch natürlich eine ganz intensive Berührung zu allen möglichen Akteuren aus der bundesrepublikanischen Szene der Sozialen Arbeit. Wenn ich mir das anschau, würde ich sagen, dass sich die Soziale Arbeit komplett neu strukturiert, weil sie zunehmend nur noch Existenzsicherungsberatung macht und das, was klassische Soziale Arbeit ist, in Hartz IV-Zeiten so gut wie nicht mehr möglich ist. Wenn Familienhilfe geleistet werden soll, aber erst mal die Existenz der Familie gesichert werden muss, um entsprechende erzieherische oder sonstige Hilfe zu leisten, dann ist das genau das Thema, mit dem die gesamte Soziale Arbeit konfrontiert ist. Damit wird sich die Soziale Arbeit massiv auseinandersetzen müssen. Und sie tut es zum Teil auch. Innerhalb der Sozialen Arbeit gibt es eine Menge kritischer Akteure, die auch politisch recht kritisch sind. Das Riesenproblem an dem Ganzen ist natürlich, dass die Wohlfahrtsverbände engstens mit den Jobcentern verwoben sind und dass die Jobcenter das auch sehr wohl nutzen. Da ist der Konflikt und das muss in den Wohlfahrtsverbänden ausgetragen werden. Wenn ich mir Regelungen anschau wie den § 61 SGB II, wo im Prinzip drin steht, dass Träger, die Eingliederungsmaßnahmen zur Arbeit erbringen, von sich aus der Behörde die für die Leistung erheblichen Sachverhalte mitzuteilen haben, dann wird die Soziale Arbeit dadurch quasi zum Spitzel des Jobcenters degradiert. Dass überhaupt sowas im Gesetz stehen kann, ist ein Hammer für sich. Ein anderer Hammer ist, dass die Leute das auch gar nicht wissen. Genau an solchen Punkten müsste die Diskussion darüber stattfinden, was da passiert. Da müssen sich die Kollegen positionieren.

WIDERSPRÜCHE: Tun sie das?

Harald Thomé: Im Einzelfall ja. Es gibt durchaus die Diskussionen, dass einige sagen, Soziale Arbeit heißt nur mehr verstärkte anwaltschaftliche Tätigkeit. Das finde ich sehr gut, das war in den letzten Jahren nicht so unbedingt das Thema. Dass sie sich ihren ursprünglichen Funktion auch klarer werden. Und es gibt auch einige Geschäftsführer in verschiedenen Verbänden, die da doch relativ klare Positionen haben. Es bewegt sich da was.

WIDERSPRÜCHE: Habt Ihr auch Kontakte zu den Arbeitskreisen Kritische Sozialarbeit, die sich in den letzten Jahren bewusst als kritische Gegenpositionen verstehen? Gibt es auf dieser Ebene Formen der Zusammenarbeit?

Harald Thomé: Mittelbar nicht, aber es gibt da genug Berührungspunkte und das würde ich auch aus unserer Sicht als eine recht kooperative Zusammenarbeit sehen. Wir sind keine Sozialarbeiter, von daher ist das nicht mittelbar gegeben. Wir werden aber immer wieder mal als Referenten für diese Tagungen eingeladen und da haben wir dann auch Möglichkeiten, Inputs zu geben.

WIDERSPRÜCHE: Vielen Dank für das Gespräch!

Harald Thomé, Tacheles e.V. – Erwerbslosen- und Sozialhilfeverein, Rudolfstraße 125, 42285 Wuppertal

E-mail: info@tacheles-sozialhilfe.de

www.tacheles-sozialhilfe.de

www.harald-thome.de

Sven Steinacker, Bergische Universität Wuppertal, Gaußstr. 20, 42119 Wuppertal

E-mail: steinacker@uni-wuppertal.de



FORUMRECHT

ESSEN & TRINKEN

...UND DANN KOMMT DIE MORAL

Heft 04/11 jetzt erhältlich.
www.forum-recht-online.de

Das rechtspolitische Magazin für Uni
und soziale Bewegung.

